

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 02.02.2017

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 02.02.2017
Beginn: 19:12 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

ohne Zif. 7 ö, 9 ö

Stadtrat Jens Pauluhn
Stadträtin Andrea Schmidt
Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

bis 20.19 Uhr bei Zif. 5.1 ö

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger
Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführerin

Verwaltungsfachangestellte Franziska
Schlier

Berichterstatter

Geschäftsführer Norbert Brand
Verwaltungsrätin Monika Erdel
Bauingenieur Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Zif. 2 ö

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen folgende Tagesordnung.

Stadtrat Pauluhn beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 8 „Friedhofs- und Bestattungssatzung; Aufnahme des Verbots von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit in der Friedhofssatzung“, da die ÖDP-Fraktion am 07.10.2016 einen Antrag bezüglich der Änderung der Friedhofssatzung gestellt habe, der in dieser Vorlage nicht berücksichtigt wurde.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass die Satzung zum Zeitpunkt des Eingangs des Antrages bereits erarbeitet war und mit Erscheinen der Mustersatzung des Bayerischen Städtetages dem Stadtrat dementsprechend vorgelegt wurde.

Oberbürgermeister Müller legt fest, dass der Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung genommen wird.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschriften des Stadtrates vom 23.02.2016, 24.02.2016, 15.12.2016 und 22.12.2016

Einige Stadtratsmitglieder monieren die Protokollierung des Tagesordnungspunktes 3 „Kulturentwicklungsteam“ aus der öffentlichen Niederschrift vom 15.12.2016, da die knappe Zusammenfassung die Thematik nicht entsprechend wiedergeben würde. Es wird um Nachbesserung gebeten.

Oberbürgermeister Müller findet die Ausführungen ausreichend, aber schlägt auf Grund der Hinweise eine getrennte Abstimmung vor.

beschlossen **dafür 30 dagegen 0**

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 23.02.2016, 24.02.2016 und 22.12.2016 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

abgelehnt **dafür 9 dagegen 21**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 15.12.2016 wird unter Tagesordnungspunkt 3 überarbeitet und durch die ausführliche Diskussion ergänzt.

beschlossen **dafür 22 dagegen 8**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 15.12.2016 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2015

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag Nr. 2017/017 wird Kenntnis genommen.

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt Kitzingen an Unternehmen in Privatrechtsform für das Jahr 2015 wird Kenntnis genommen.

3. Auftragsvergaben

3.1. Oberer Mainkai; hier Vergabe der Planungsleistungen für die Neugestaltung

Oberbürgermeister Müller informiert über die ausführliche Beratung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung und das daraus resultierende Ergebnis, dass die Mehrheit des Stadtrates der Meinung ist, den Auftrag entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, an das Planungsbüro arc.grün in Kitzingen zu vergeben.

Oberbürgermeister Müller stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

beschlossen **dafür 29 dagegen 1**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/015 wird Kenntnis genommen.

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, über einen zweistufigen Rahmenvertrag die Leistungsphasen 3 und 4 (Stufe 1) sowie 5 bis 8 (Stufe 2) an das Büro arc.grün zu vergeben.

Stadtrat Christof gibt zu Protokoll, dass seine Gegenstimme nicht im Zusammenhang mit dem Planungsbüro stehe, sondern es um inhaltliche Aspekte gehe.

3.2. Neuer Friedhof Kitzingen; Sanierung mit Um- und Anbau der Friedhofsgebäude

Oberbürgermeister Müller informiert, dass das Büro Roth & Partner die Planungen vorstellen, eingangs aber Stadträtin Kahnt ihren Eilantrag zu der Thematik erläutern werde.

Stadträtin Kahnt geht auf den Antrag vom 31.01.2017 bezüglich der Absicherung der Zugangsrampe zur Leichenhalle des Neuen Friedhofes ein und schlägt die Anbringung eines Geländers vor.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, die Situation prüfen zu lassen, welche Varianten zur Absicherung möglich sind. Vorzugsweise sollte kurzfristig mit einer Bank Abhilfe geschaffen werden.

Oberbürgermeister Müller geht kurz auf die Sachlage ein und übergibt das Wort an die Herren Roth und Wagner vom Büro Roth & Partner mit der Bitte die Planungen auszuführen.

Ausführlich stellt Herr Wagner (Büro Roth & Partner) die Planungen an Hand einer Präsentation vor. Im Anschluss daran erläutert Herr Roth (Büro Roth & Partner) detailliert die Technik, Beheizung, Kühlung und Beleuchtung.

Stadträtin Wallrapp fordert eine zeitnahe Lösung bezüglich der nicht funktionierenden Heizung in der Leichenhalle, da 2018/2019 zu spät sei. Außerdem bröckle der Putz von der Decke. Hierfür sei eine Übergangslösung erforderlich. Des Weiteren sollten zusätzlich 20 bis 30 Stühle angeschafft werden. Sie bittet aus Dringlichkeitsgründen, diese Positionen vorzuziehen.

Herr Roth informiert, dass für eine Übergangslösung bezüglich des Deckenputzes Spanndecken oder eine Plane empfehlenswert und relativ günstig seien.

Oberbürgermeister Müller hält es nicht für sinnvoll, einzelne Maßnahmen, wie die Heizung vorzuziehen. Bauamtsleiter Graumann fügt ergänzend hinzu, dass im ersten Schritt die Planungen zu erarbeiten sind. Kurzfristige Unterhaltsmaßnahmen seien separat zu prüfen und gegebenenfalls zu ermöglichen.

Auf Anfrage von Stadtrat Stiller bezüglich der vollkommenen Barrierefreiheit, sagt Herr Roth zu, dass er dies in der weiteren Planung berücksichtigen wird.

beschlossen dafür 30 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/011 wird Kenntnis genommen.
2. Die Maßnahme wird gemäß der vorgestellten Planung (Leistungsphasen 1 und 2) realisiert (Anlage 2 der Sitzungsvorlage).
3. Das Architekturbüro Roth & Partner, Kitzingen wird mit den weiteren Planungsphasen (Leistungsphasen 3 – 9) beauftragt.

4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die für die Maßnahme erforderlichen Fachplaner zu beauftragen.
5. Die für die Maßnahme erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 1.250.000,00 € werden im Haushalt bereitgestellt.

4. Kitaplätze in Kitzingen; Realisierung von Maßnahmen

Verwaltungsrat Hartner erläutert ausführlich die Sachlage und bittet das Gremium um Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der Kinderbetreuungseinrichtungen in Kitzingen.

Oberbürgermeister Müller fügt ergänzend hinzu, dass bezüglich der Übergangslösung unter Ziffer 2.2.1 die Verwaltung vorschlägt, noch keine Entscheidung zu treffen, sondern die beiden vorliegenden möglichen Varianten zu prüfen und gegenüberzustellen.

Bürgermeister Güntner befürchtet, dass die Stadt auf Grund der ursprünglichen Bedarfs-Prognosen ein Überangebot an Kindergarten-Plätzen schafft und erfragt inwieweit eine Umwandlung von Kindergarten- in Kinderkrippenplätzen möglich sei.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass es bereits derartige Varianten in Kitzingen gegeben habe und bestätigt, dass es grundsätzlich die Möglichkeit gebe.

Stadtrat Pauluhn erinnert daran, dass er in der Vergangenheit schon mehrfach auf möglichen Fehlbedarf hingewiesen hat. Weiter bittet er um getrennte Abstimmung der Lösung in den Marshall Heights (Zif. 2.1.1), da er diese in der Lage am äußersten Rand der Stadt für zu groß hält.

Stadtrat Christof bittet bei der Vergabe der Trägerschaft auch privaten Anbietern die Möglichkeit zur Angebotsabgabe zu bieten. Möglicherweise könnten diese Öffnungszeiten über das „normale Maß“ anbieten – bspw. abends und am Wochenende.

Verwaltungsrat Hartner informiert, dass Verwaltungswirtin Thiele bereits recherchiere. Er wird den Wunsch weitergeben, dass dieses Kriterium mit einfließen sollte.

Oberbürgermeister Müller stellt den Antrag von Stadtrat Pauluhn zur Abstimmung.

abgelehnt **dafür 2** **dagegen 28**

Dem Antrag von Stadtrat Pauluhn auf getrennte Abstimmung der Ziffer 2.1.1 des Beschlussentwurfes wird stattgegeben.

beschlossen **dafür 29** **dagegen 1**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/006a wird Kenntnis genommen.
2. Folgende Maßnahmen werden unverzüglich umgesetzt:

- 2.1 Child Development Center (CDC) in Marshall Heights
- 2.1.1 Im ehemaligen Child Development Center (CDC) in Marshall Heights werden 3 Kindergarten- und 2 Kinderkrippengruppen (75 und 28 Plätze) geschaffen.
- 2.1.2 Ein Betriebsträger wird mittels Trägersauswahlverfahren gesucht. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung hierfür vorzunehmen.
- 2.2.1 Es besteht Einverständnis, zur Deckung der aktuellen Bedarfe eine Übergangslösung bereitzustellen.
Die Entscheidung über die Übergangslösung wird erst nach Prüfung und Gegenüberstellung der folgenden Varianten a.) und b.) getroffen. Die Verwaltung wird beauftragt, dies dem Stadtrat schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Variante a.)
Zur Deckung der Bedarfe wird als Übergangslösung auf dem Gelände des CDC eine Modulbauanlage für 50 Kita-Plätze installiert.
- Variante b.)
Zur Deckung der Bedarfe sollen als Übergangslösung im ehemaligen Vorschul-Kindergarten auf dem Gelände der Marshall Heights 50 Kita-Plätze geschaffen werden.
- 2.2.2 Der für die Baumaßnahme unter 2.1.2 zu ermittelnde Betriebsträger wird auch Betriebsträger für diese Übergangslösung.
- 2.3 Die Außenstelle „Sonnenschein“ im Kindergarten St. Vinzenz wird um eine Kindergartengruppe mit 25 Plätzen erweitert.
- 2.4 Der bestehende 3-gruppige Kindergarten „Bärenstark“ in der Alemannenstraße wird um 2 Krippengruppen mit 28 Plätzen erweitert.
Die Verwaltung wird beauftragt, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.
- 3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die notwendigen Planer und Fachplaner sowie sämtliche Bauleistungen zu beauftragen.
- 4. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2017 und den Finanzplanungsjahren bereitzustellen.

5. Anträge von Fraktionen und Gruppen

5.1. Antrag der CSU-Fraktion vom 18.01.2017 zur Vorgehensweise bei der Aufstellung des Vermögenshaushaltes 2017

Stadtrat Moser geht als Antragssteller ausführlich auf den Antrag der CSU-Fraktion ein und bittet das Gremium um Zustimmung, um einen besseren Blick auf die vom Stadtrat beschlossenen Maßnahmen zu erhalten und Transparenz in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Verwaltungsrätin Erdel bittet um Ablehnung des Antrages, da die Umsetzung von Maßnahmen keine Frage des Haushaltes darstellt. Sie ist der Ansicht, dass die zeitliche Machbarkeit von Maßnahmen stets im Einzelfall zu betrachten sei und nicht als Generaldebatte im Rahmen der Haushaltsberatungen. Zur Klarstellung

erläutert Verwaltungsrätin Erdel detailliert die Vorgehensweise bei der Aufstellung eines Haushaltes und kommt so zu dem Schluss, dass die Punkte des Antrages in der Form nicht zielführend seien. Sie schlägt vor, bei Maßnahmebeschlüssen den Bauzeit- sowie Mittelabflussplan vorzulegen und bei Abweichungen wie gehabt durch das Berichtswesen den Stadtrat zu informieren.

Nach umfassendem Meinungsaustausch im Gremium stellt Oberbürgermeister Müller den Beschlussvorschlag der CSU-Stadtratsfraktion zur Abstimmung.

abgelehnt **dafür 9** **dagegen 20**

1. Die Verwaltung informiert den Stadtrat spätestens 14 Tage vor Beginn der Haushaltsberatung, welche Maßnahmen des Vermögenshaushaltes unter Berücksichtigung der Kapazitäten und unter Beachtung der bereitstehenden finanziellen Mittel auf Basis der bereits erfolgten Beschlüsse des Stadtrates im Jahr 2017 ff. (Finanzplanungszeitraum) realisiert werden können.
2. Die Information der Verwaltung an den Stadtrat erfolgt auf Basis eines kurzen, übersichtlichen Projektplans, der den Verantwortlichen für die Maßnahme nennt, die Bruttokosten (Soll/Ist) und die zu erwartenden Fördermittel aufführt sowie grob über den Zeitraum Auskunft gibt, was wann durch wen erfolgt.
3. Es werden zunächst die laufenden Maßnahmen auf Basis der bestehenden Projektpläne (gerne in der Reihenfolge der Einzelpläne des Haushalts) dargestellt, wie z. B. Neubau Schulsporthalle Deustergelände nebst Erweiterung Ganztagesbetreuung, oder die Sanierung / der Neubau Grund- und Mittelschule Siedlung nebst Hort, Handlungskonzept Kläranlage etc.

Weiter informiert die Verwaltung den Stadtrat mittels des genannten Projektplans über die bereits beschlossenen, aber noch nicht begonnenen Maßnahmen (Spatenstich!), wie z. B. Errichtung der Pendlerparkplätze am Bahnhof, die Schaffung der notwendigen Kindergärten- und Kinderkrippenplätze, Sanierung Oberer Mainkai, Durchführung sozialer Wohnungsbau (Siedlung - Galgenwasen), Sanierung Notwohngebiet, Sanierung weiterer Wohnungen in den städtischen Mietshäusern, Sanierung Dach Sporthalle im Sickergrund, Schaffung Sportplatz mit Kunstrasen, Erweiterung Rathaus Kaiserstr. 17, etc.

Die Informationen über die Brutto- und Nettokosten, die Kapazitäten und die Zeitplanung, die der Stadtrat auf Basis des geforderten Projektplanes zu jeder Maßnahmen erhält, sollen zeigen, welche Maßnahmen realistisch durchgeführt werden können.

Der Stadtrat beschließt dann wie in der Vergangenheit abschließend, welche Maßnahmen im Haushaltsjahr 2017 ff (Finanzplanungszeitraum) umgesetzt und welche Maßnahmen nicht mehr im Haushalt veranschlagt werden sollen.

4. Wir bitten deswegen um Zustimmung, dass bei allen unterjährigen Maßnahmenbeschlüssen Projektverantwortliche und Termine in der Beschlussvorlage festgehalten werden.

**6. Haushaltsüberschreitung;
HSt. 2431 9452 - Wirtschaftsschule - Friedrich-Bernbeck-Schule - Erweiterungs-, Um- und Ausbaumaßnahme**

beschlossen dafür 29 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/013 wird Kenntnis genommen.
2. Die Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2016 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VmHh:</u> 2431 9452	Wirtschaftsschule - Friedrich-Bernbeck-Schule; Erweiterungs-, Um- und Ausbaumaßnahme bisher bereitgestellt somit insgesamt:	0,00 €	6.325,00 € <u>26.889,00 €</u> <u>33.214,00 €</u>

wird genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Ausgabeneinsparung bei HSt. 5652 9450 - Dreifachsporthalle Sportzentrum Sickergrund; Erneuerung Flachdach.

**7. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;
Förderung des Alten- und Pflegeheimes St. Elisabeth - Ausschüttung von Stiftungsmitteln**

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/274 wird Kenntnis genommen.
2. Für die Anschaffung einer Kaffee- und Kaffeespezialitätenmaschine, von zwei Pflege- und Ruhesesseln sowie einer Aufstehhilfe mit Patientengurt wird dem Alten- und Pflegeheim St. Elisabeth, Kitzingen ein Zuschuss aus Mitteln der Mittelverwendungsrücklage der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen in Höhe von max. 15.100 € gewährt.

8. Friedhofs- und Bestattungssatzung; Aufnahme des Verbots von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit in der Friedhofssatzung

zurückgestellt

Oberbürgermeister Müller informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf Grund des Antrages von Stadtrat Pauluhn vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt wurde.

**9. Zuschuss an Mittagsbetreuungsgruppen und Ganztagesklassen der Schulen unter Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Kitzingen
Antrag der D.-Paul-Eber-Mittelschule bzw. des Kooperationspartners Erleben, Arbeiten, Lernen e.V. auf Erhöhung des Zuschusses auf 1.000 € je Gruppe**

Stadtrat Dr. Pfeiffle (Referent für Schulwesen und Bildung) spricht sich dafür aus, den Antrag abzulehnen, da es seiner Ansicht nach sinnvoller sei, wenn die Träger der Ganztagesklassen für die Durchführung entsprechender Vorhaben Einzelanträge an die Verwaltung stellen.

Oberbürgermeister Müller stellt die Alternative, den Antrag abzulehnen und es bei der bisherigen Regelung zu belassen zur Abstimmung.

beschlossen dafür 27 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag 2017/009 wird Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der D.-Paul-Eber-Mittelschule bzw. dem Kooperationspartner Erleben, Arbeiten, Lernen e. V. wird abgelehnt. Es bleibt bei der bisherigen Beschlusslage (weitere Bezuschussung von 500 € / Gruppe/Klasse je Schuljahr).

10. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 02.02.2017.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

11. Sonstiges

**11.1. Anfrage von Stadtrat Moser;
Zustand des Bodenbelages auf dem Gehweg auf der Nordbrücke**

Stadtrat Moser moniert anhand einiger Bilder den Zustand des Bodenbelages des Gehweges auf der Nordbrücke und bittet die Verwaltung die Situation zu bereinigen.

Bauamtsleiter Graumann kennt die Situation, versteht den Ärger, aber erläutert, dass eine Reparatur nahezu nicht möglich sei, da sich der Oberbelag abnutzt. Dies sei kein Schaden, sondern es wurde eine Maßnahme zur Überdeckung des Belages in Farbe angewandt, welche mittlerweile nicht mehr vorgenommen wird, deswegen sei nur abzuwarten, bis sich die obere Schicht komplett abgelöst hat. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:45 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführerin

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier
Verwaltungsfachangestellte

